G 2527

Nr. 11-12/2022

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Philologenverband Baden-Württemberg unterwegs:

- beim Landtagsfest der Grünen
- beim Terrassenfest der Presse
- beim Landesrealschultag
- auf der Hauptversammlung der dbb frauen
- auf der Vertreterversammlung des VBE BW

Außerdem

Klausurtagung des PhV BW
Schülerwettbewerbe im Schulalltag
Qualitätssicherung im Schulwesen

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

KLAUSURTAGUNG
Klausurtagung des PhV BW *[Heinz Einwiller]* 4

Für den PhV BW beim GRÜNEN Landtagsfest 2022 *[Karin Fetzner]* 6

UNTERWEGS MIT DEM PHV BW
Für den PhV BW auf dem Terrassenfest der Presse *[Karin Fetzner]* 7

LANDESREALSCHULTAG
Bildung. Leistung. Zukunft. Realschule! *[Karin Fetzner]* 8

JUNGE PHILOLOGEN
A teacher presents the past, reveals the present and creates the future *[Martina Scherer]* 9

ARBEITNEHMER
Erfolgreicher Auftakt der Fortbildungsangebote des Arbeitskreises der Arbeitnehmer *[Jürgen Harich und Annette Rödler]* 10

DBB FRAUEN
Die dbb frauen zu Gast im 'Ländle' *[Martina Scherer]* 11

Thema aktuell: CDU 12

VERTRETERVERSAMMLUNG DES VBE BW
Für den PhV BW bei der Vertreterversammlung des VBE BW in Pforzheim *[Karin Fetzner]* 13

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 15

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 16

SCHÜLERWETTBEWERB
»Es ist etwas ganz anderes, etwas nur erklärt zu bekommen oder es selbst herauszufinden.« *[Bettina Dingler]* 16

SCHULQUALITÄT
Qualitätssicherung *[Cord Santelmann]* 18

AUS DEM SCHULLEBEN
Von der Wanderausstellung zum Schulwettbewerb *[Sabine Grobe]* 20

BILDUNGSPOLITISCHER ARBEITSKREIS
Rückenwind für Lehrkräfte *[Andrea Pilz und Stefanie Wölz]* 21

DER PHILOLOGENVERBAND IM GESPRÄCH MIT ...
... der CDU *[Karin Fetzner]* 22

... dem ZSL *[Karin Fetzner]* 22

Titelfoto: Gymnasium Friedrich II. Lorch (Martin Brenner)

Redaktionsschluss:
Januar-Februar-Ausgabe: 27. Dezember 2022,
März-April-Ausgabe: 27. Februar 2023.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

beginnen wir mit zwei wirklich positiven Nachrichten:

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Volksantrag für G9

Von der Initiative 'G9-jetzt!' wurde am 29. Oktober der Volksantrag für ein 'G9-Gesetz' beim Landtag eingereicht. Sammlungsbeginn für die knapp 40 000 benötigten Unterstützer-Unterschriften war der 12. November 2022. Sobald mindestens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg diesen Volksantrag jeweils mit einer vom Bürger(meister)amt ihrer Wohngemeinde bestätigten Unterschrift unterstützen, muss der Landtag dieses Gesetz beraten. So sieht es das Volksabstimmungsgesetz in Baden-Württemberg vor.

Unter https://www.g9-jetzt-bw.de/ finden Sie den G9-Gesetzentwurf und die Vordrucke zur Unterschriftensammlung. Für jede Unterschrift ist ein eigener Vordruck notwendig und jeder Vordruck muss in Papierform ausgedruckt, ausgefüllt und von Hand unterschrieben werden. Anschließend muss auf dem Bürger(meister)amt der eigenen Wohngemeinde bestätigt werden, dass die Unterschrift von einer Person stammt, die in Baden-Württemberg wohnhaft und wahlberechtigt ist, bevor das Ganze Gültigkeit erlangt. Dies ist im Volksabstimmungs-Gesetz von 2016 so vorgeschrieben.

G9-jetzt-BW
https://www.g9-jetzt-bw.de/

Die Bestätigungen der Gemeinde können natürlich für viele Unterschriften zugleich eingeholt werden, es muss nicht jeder Unterzeichnende persönlich aufs Bürger(meister)amt.

Wichtig: Da der Landtag das Wahlalter für Landtagswahlen auf sechszehn Jahre abgesenkt hat, sind die Unterschriften von Sechzehn- und Siebzehnjährigen aus Baden-Württemberg bei diesem Volksantrag ebenfalls gültig!

Der Philologenverband Baden-Württemberg unterstützt diesen Volksantrag, welcher für ein G9 für alle und für G8-Schnellläuferklassen, wo Bedarf besteht, eintritt. Ich rufe Sie deshalb dazu auf: **Unterschreiben Sie selbst und sammeln Sie Unterschriften in Ihrem Familien- und Freundeskreis!! Machen Sie mit!**

Als Lehrkraft müssen Sie sich an der Schule natürlich politisch absolut neutral verhalten. Was Sie aber als Privatperson außerhalb der Schule tun, ist allein Ihre Sache, solange Sie darauf achten, dass Sie Ihre Funktion als Lehrkraft deutlich von Ihren öffentlichen Äußerungen als Privatperson trennen.

Bezahlung über die Sommerferien

Die Landesregierung will aufgrund der deutlich höheren Steuerschätzung – vorhergesagt ist ein Einnahme*plus* von 2,5 Milliarden für das Land Baden-Württemberg allein in den beiden Jahren 23 und 24 – endlich(!) die Verträge der (langfristig) befristet beschäftigten Lehrkräfte nicht mehr mit dem letzten Schultag auslaufen lassen. Damit würden diese Lehrkräfte für die Dauer der großen Ferien erstmalig nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen. Baden-Württtemberg ist das letzte Bundesland, das dies noch so handhabt.

Angesichts des aktuellen und in den nächsten Jahren vorhersehbar noch weiter ansteigenden Lehrermangels ist das eine sehr sinnvolle Maßnahme, denn dadurch werden die befristet angestellten Lehrkräfte stärker ans Land gebunden. Das ist also eine gute, aber längst überfällige Entscheidung der Landesregierung: Der Philologenverband Baden-Württemberg hatte die

Bezahlung über die Sommerferien schon vor knapp zwanzig Jahren erstmalig eingefordert. Gut Ding will Weile haben …

Keine Änderung bei den Referendaren

Allerdings werden die Referendare in den großen Ferien auch weiterhin nicht bezahlt. Hier fehlt der Landesregierung bislang noch die Einsicht! Würden die Referendare nämlich zum Beispiel bis zum 31. August bezahlt, dann wäre nicht nur ihr Urlaubsanspruch nach Bundesurlaubsgesetz verwirklicht, dann wäre auch ihre Abwanderung in andere Bundesländer mit früherem Schuljahresbeginn deutlich schwieriger. Anscheinend muss der Lehrermangel aber erst noch deutlich größer werden, bis die Landesregierung auch hier zu einer neuen Einschätzung der Lage kommt.

Referenzrahmen Schulqualität

Vom Kultusministerium wird zur Zeit gerade ein 'Referenzrahmen Schulqualität' entwickelt, der in den kommenden Jahren gemäß Verwaltungsvorschrift des KM festlegen soll, was gute Unterrichtsqualität ausmacht. Und zwar unterschiedslos für alle Schularten von Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren über Grundschulen bis hin zu unseren Gymnasien.

Gut daran ist, dass hier endlich einmal versucht wird, guten Unterricht zu definieren. Schlecht ist, dass die Verwaltungsvorschrift bereits in der Anhörung ist und zum 1. August 2023 in Kraft treten soll, bevor der 'Referenzrahmen Schulqualität' überhaupt abschließend überarbeitet ist und wissenschaftlich diskutiert wurde.

Dieser 'Referenzrahmen' wird nachhaltige Konsequenzen haben. Denn alle Beurteilungen sollen auf seiner Grundlage durchgeführt werden. Und dass in diesem Papier 'fachliche Qualität' und 'Eingehen auf Heterogenität' einen gleich hohen Stellenwert haben, lässt aus unserer Sicht den Verdacht aufkommen, dass mit dem Referenzrahmen die didaktisch verfehlte Methodik der Gemeinschaftsschulen jetzt auch verstärkt für alle anderen Schularten gelten soll.

Das ist ein Unding!

IQB-Bildungstrend 2021 für Viertklässler

Nach den katastrophalen Ergebnissen des IQB-Bildungstrends 2021, der Baden-Württembergs Viertklässlern beim Leseverstehen und Zuhören im Bundesvergleich **erstmalig** leicht **unterdurchschnittliche Ergebnisse** bescheinigt, wäre ein schiefer Referenzrahmen dann ein weiterer Schritt auf dem Weg hin zu Bremer und Berliner Ergebnissen.

Solange nicht an all unseren Schulen der erreichte Lernzuwachs der Schülerinnen und Schüler die zentrale Größe ist, an der die Schulqualität gemessen wird, solange werden sich die Ergebnisse der baden-württembergischen Kinder nicht grundlegend verbessern.

Bald ist Weihnachten, und ich wünsche mir wirklich: »Gott lass' im Kultusministerium in der 9. Etage der Touretstraße endlich Hirn regnen!« – Daten für eine ideologiefreie, datengestützte Schulentwicklung haben wir mittlerweile genügend. Aber um aus diesen Daten die richtigen Schlüsse zu ziehen, dazu müssen zuerst die politisch-ideologischen Scheuklappen fallen. Sonst geht es mit den Leistungen weiter abwärts.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne, in diesem Jahr besonders lange Weihnachtsferien! Erholen Sie sich gut für den Endspurt des ersten Halbjahres, der uns alle im Januar erwartet!

Ihr PhV-Landesvorsitzender

Ralf Scholl

Foto: gudrun/AdobeStock

Klausurtagung des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Vom 30. September bis zum 1. Oktober 2022 traf sich der Hauptvorstand zu seiner jährlichen Klausurtagung, im Rahmen derer zentrale Themen der Berufs- und Bildungspolitik in Arbeitsgruppen intensiv diskutiert und erörtert wurden.

Zu Beginn der Tagung referierte der Landesvorsitzende Ralf Scholl über die Ergebnisse der Diagnose- und Vergleichsarbeiten der Schuljahre 2019/2020 bis 2021/2022 in der Klassenstufe 8 (VERA 8), wobei er den Schwerpunkt auf den Vergleich der Ergebnisse in den Fächern Deutsch (Orthographie) und Mathematik in allen betroffenen Schularten legte *(siehe auch Pressemitteilung vom 19. September 2022, A/. 1811 /2022-23)*. Sein Fazit fiel klar und deutlich aus: Die vorliegenden Ergebnisse untermauern die Vorteile des gegliederten Schulsystems, da die Leistungen der Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen auf allen Niveaus schlechter als diejenigen der entsprechenden differenzierten Schularten sind – und dies, obwohl die Gemeinschaftsschulen finanziell besser ausgestattet sind als alle anderen Schularten und obwohl die Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen tagtäglich ihr Bestes geben. Indessen macht das ideologisch motivierte pädagogisch-didaktische Konzept der GMS aus den hochqualifizierten Lehrkräften bloße Lernbegleiter, welche ihr Wissen nur begrenzt an die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler weitergeben können.

>> Ralf Scholl, Vorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg, im Gespräch

Die schlechten VERA-8-Ergebnisse seien ein Alarmzeichen und gäben zwingend Anlass zu einer ausschließlich auf Fakten basierenden Evaluation des Leistungsstandards der GMS-Schüler. Ein Jahrzehnt nach der Einführung dieser Schulart sei eine solche Maßnahme überfällig, so Ralf Scholl.

Die anschließenden Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit folgenden Themenbereichen:

- Lehrerarbeitszeit
- Entlastungen für Lehrkräfte/ Gesundheitsschutz
- Stau bei A 14 sowie E 14-Stellen
- Noten/Notengebung/alternative Prüfungskonzepte
- Präsentation des Philologenverbandes Baden-Württemberg nach außen

Lehrerarbeitszeit

Die vom baden-württembergischen Kultusministerium festgelegte jährliche Arbeitszeit einer verbeamteten Vollzeitlehrkraft am Gymnasium beträgt – wie bei allen anderen Beamtinnen und Beamten – 1804 Zeitstunden. Verschiedene in den letzten Jahren und Jahrzehnten durchgeführte Arbeitszeitstudien kamen alle zu dem Ergebnis, dass gymnasiale Lehrkräfte pro Jahr im Durchschnitt teils erheblich länger arbeiten. Die neueste, vom Deutschen Philologenverband in Auftrag gegebene und wissenschaftlich begleitete Untersuchung aus dem Jahr 2020 bestätigt diese Werte. Dies ist nicht verwunderlich, da im Gegensatz zu anderen Schularten in Baden-Württemberg das Deputat der am Gymnasium tätigen Lehrkräfte im Jahr 1997 von 23 auf 24 Stunden und dann 6 Jahre später auf 25 Stunden erhöht wurde – bei gleichzeitiger Reduktion der zur Verfügung stehenden Ermäßigungsstunden für Tätigkeiten, wie zum Beispiel die Betreuung von Sammlungen oder die Organisation sowie die Durchführung von Schüleraustauschprogrammen. Es handelt sich demzufolge um kostenlose Mehrarbeit, die von gymnasialen Lehrkräften erbracht wird. Diese Mehrarbeit, so führte Cord Santelmann aus, muss entweder entlohnt oder durch Freizeitausgleich abgegolten werden.

Martin Brenner erläuterte, dass sämtliche Klagen von Lehrkräften und Berufsverbänden gegen Deputatserhöhungen in Baden-Württemberg erfolglos blieben, unter anderem weil die Arbeitszeit von Lehrkräften nicht im Einzelnen gemessen werden kann und deshalb – so die gängige Rechtsprechung – der jeweilige Dienstherr berechtigt ist, sie pauschal festzulegen.

Vor wenigen Wochen vollzog sich nun ein Wandel in der Rechtsprechung. Laut eines wegweisenden Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 13. September 2022 (AZ: 1 ABR 22/21) sind Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitszeit aller Arbeitnehmer zu erfassen. In diesem Kontext fordert der Philologenverband Baden-Württemberg, dass die Personalvertretungen bei der Erstellung der Tätigkeitsbeschreibungen und der Arbeitszeiterfassung in der Mitbestimmung sind. Die Frage, wie die äußerst vielfältigen Tätigkeiten von Lehrkräften definiert und zeitlich erfasst werden, ist von zentraler Bedeutung. Dieser Prozess, so Martin Brenner, sollte von einer unabhängigen Stelle durchgeführt werden.

Grundsätzlich kamen die Teilnehmer der Arbeitsgruppe überein, dass die Festlegung der zu erbringenden Arbeitsleistung über die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden zu ungenau ist. Hier bedarf es eines präziseren Vorgehens sowohl bei der Definition als auch bei der zeitlichen Erfassung, denn unser Ziel ist und bleibt es, die hohe Qualität der Bildung an

baden-württembergischen Gymnasien zu erhalten.

Entlastungen für Lehrkräfte

Der Philologenverband Baden-Württemberg fordert seit Jahren die Absenkung des Klassenteilers, die Erhöhung des Kontigents für Ermäßigungsstunden sowie die Verringerung des Deputats auf 23 Wochenstunden. Auf der PhV-Homepage finden sich Positionen, Pressemitteilungen, Gesetzestexte und Informationen zu den Themen Gesundheitsmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der Verband fordert, so Jörg Sobora, eine Ausweitung des Fortbildungsangebots in diesen Bereichen, wobei ein Schwerpunkt auf die Begleitung von Berufseinsteigern gelegt werden sollte, da diese Lehrkräfte in einer prägenden Phase ihres beruflichen Werdegangs besonders stark von den vielfältigen Auswirkungen der Coronapandemie betroffen waren und sind. Berufsanfänger sollten mittels einer zeitlich befristeten Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit entlastet werden. Gleichzeitig würden die Lehrkräfte in der Berufseinstiegsphase von einer Betreuung durch erfahrene Kolleginnen und Kollegen als Mentoren profitieren, wobei die Mentorentätigkeit in Form von Stundenermäßigungen abgegolten werden sollte. Bei der Beurteilung der Be- bzw. Überlastung von Lehrkräften nehmen die jeweiligen Personalvertretungen ebenso wie die Verbandsvertreter und – vertreterinnen eine wichtige Rolle ein (Wächterfunktion).

In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, dass die in den letzten Jahren von Lehrkräften organisierten Gesundheitstage der Förderung der Lehrergesundheit dienten, jedoch wegen des sehr großen organisatorischen Aufwands, hoher Kosten und tendenziell geringer Bezuschussung selten stattfanden.

Ein weiterer Aspekt der Gesundheitsvorsorge ist die Entscheidungsfindung in Bezug auf die Gefährdungsbeurteilungen schwangerer Kolleginnen. Hier fühlen sich viele Schulleitungen von der Schulverwaltung alleine gelassen.

>> Die Teilnehmer an der Klausurtagung

Stau bei A 14-/E 14-Stellen im konventionellen Beförderungsverfahren

Das konventionelle Verfahren, auch als 'Treppchenmodell' bekannt, wird jährlich im Mai und Oktober durchgeführt. Die Hälfte aller zur Verfügung stehenden Stellen der Besoldungsgruppe A 14 respektive E 14 wird durch dieses Verfahren, die andere Hälfte im Ausschreibungsverfahren vergeben.

Folgende Faktoren entscheiden – vereinfacht dargestellt – darüber, wie viele Stellen dieser Kategorie an den Gymnasien in Baden-Württemberg besetzt werden können:

1. die im Staatshaushalt des Landes Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Stellen,
2. die in den letzten Jahren stetig sinkende Anzahl von Stellen, die durch die Zurruhesetzung von Lehrkräften in A 14 für eine Wiederbesetzung frei werden,
3. der Bedarf der Gemeinschaftsschulen an Stellen dieser Besoldungsgruppe.

Der Bedarf an den Gemeinschaftsschulen spielt in diesem Zusammenhang eine fundamentale Rolle, da Stellen, für die es an dieser Schulart aus verschiedenen Gründen keine Kandidatinnen und Kandidaten gab, die also unbesetzt blieben, den Gymnasien übertragen wurden.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass eine Lehrkraft zu Beginn des Jahrtausends rund zehn Jahre nach der Verbeamtung warten musste, bis sie am konventionellen Verfahren teilnehmen konnte. Aktuell sind es etwa fünfzehn Jahre – mit stark wachsender Tendenz, denn die rund 300 Stellen, die von den Gemeinschaftsschulen seit deren Einführung im Jahre 2012 (noch) nicht in Anspruch genommen wurden und vorübergehend an die Gymnasien gingen, müssen nach jetziger Sachlage in den nächsten Jahren an diese Schulform zurückgegeben werden, was unter Umständen dazu führen wird, dass eine Beförderung von A 13/E 13 nach A 14/E 14 an den allgemeinbildenden Gymnasien im konventionellen Verfahren schlichtweg nicht mehr möglich sein wird.

Vor dem Hintergrund dieser äußerst besorgniserregenden Entwicklung fordert der Philologenverband, dass die Beförderung über das sogenannte Treppchenmodell wieder zur Regelbeförderung wird. Die folgenden Zeiträume wurden von Cord Santelmann genannt:

- bei sehr guten Leistungen – Beförderung nach fünf Jahren,
- bei guten bis sehr guten Leistungen – Beförderung nach sieben Jahren, >>

- bei guten Leistungen – Beförderung nach neun Jahren.

Hierbei ist unbedingt festzuhalten, dass es nicht nur um die höhere Bezahlung geht, sondern insbesondere um die Anerkennung der über einen jahrelangen Zeitraum erbrachten Leistungen, von denen alle am Schulleben Beteiligten profitieren.

Noten, Notengebung, alternative Prüfungskonzepte

Die betreffende Arbeitsgruppe schlug eine Mitgliederbefragung vor, um herauszufinden, wie die PhV-Mitglieder über zentrale Leistungsmessungen in den Hauptfächern der weiterführenden Schulen aller Schulformen in Baden-Württemberg denken. Diese in Baden-Württemberg zentral erstellten normierten Aufgaben (ähnlich den früheren Zentralen Klassenarbeiten in Klasse 10) bezögen sich – anders als VERA 3 und VERA 8, die vom IQB (Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) in Berlin für den bundesweiten Gebrauch verfasst werden – ausschließlich auf baden-württembergische Bildungspläne und würden selbstverständlich benotet. Sie sollten folgende Merkmale aufweisen:

1. Die zentralen Leistungsfeststellungen finden in allen öffentlichen und privaten weiterführenden Schularten statt.
2. Betroffen sind die Klassenstufen 6, 8 und 10.
3. Jede solche Leistungsfeststellung ersetzt eine vom Schulgesetz vorgeschriebene Klassenarbeit und wird doppelt gewichtet.

Da die Aufgaben dieser Leistungsfeststellungen zentral erstellt würden, bestünde kein Mehraufwand für die jeweiligen Fachlehrerinnen und Fachlehrer.

Darüber hinaus plädierte Ralf Scholl für die Einführung zentraler Leistungsmessungen in den Klassen 4 der Grundschulen.

Präsentation des PhV BW nach außen

Eine wichtige Rolle bei der Öffentlichkeitsarbeit des Philologenverbandes spielen Pressemittteilungen. Diese gehen zum einen an die Print- und Onlinemedien, zum anderen an unsere Mitglieder, wobei wir neben den traditionellen Kanälen wie Homepage, Postweg und Aushang auch soziale Medien nutzen. Dies bedeutet, dass der Philologenverband nunmehr zwei Twitter-Accounts, drei bei Instagram und einen bei Facebook hat. Sie werden in Zukunft in jedem Schreiben, jeder Mail und auf jedem Plakat genannt. Bitte folgen Sie uns!

In der Gruppe entstanden Ideen zu Give-aways und Slogans, die weiterverfolgt werden sollen. Es waren vom Bleistift bis zu Socken viele pfiffige Dinge dabei, die näher beleuchtet werden müssen. Die Dynamik einer solchen Tagung lässt kreative Ideen sprießen, deren Umsetzung in einem weiteren Schritt erfolgt – nicht zuletzt im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf.

Zu guter Letzt ergeht ein herzliches Dankeschön an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Klausurtagung. Lehrkräfte, Eltern und Schüler profitieren sowohl von ihrem großen Engagement als auch von ihrer Expertise.

Heinz Einwiller

So finden Sie uns in den sozialen Medien

Twitter:
phv_bw
juphi_phv_bw

Instagram:
phv_bw
juphi_phv_bw
senioren_phv_bw

Facebook:
Philologenverband Baden-Württemberg

Für den PhV BW beim GRÜNEN Landtagsfest 2022

von Karin Fetzner

Die GRÜNEN nutzten, wie andere Parteien auch, die nach zwei Jahren Pandemie wieder vorhandene Möglichkeit, sich in den Fokus zu stellen und mit Akteuren anderer Parteien, der Wirtschaft, der Presse, der Verbände und verschiedenster Interessenvertretungen in Kontakt zu kommen. Für den Philologenverband nahm ich die Einladung an und besuchte das Fest im Foyer des Landtags am 25. Oktober 2022. Dort konnte ich eine Reihe von Gesprächen führen, zum Beispiel mit Vertretern anderer BBW-Berufsverbände und befreundeter Lehrerverbände, dem BBW-Landesvorsitzenden, Politikern und Journalisten. Während des Abends hielten der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Andreas Schwarz, und Ministerpräsident Winfried Kretschmann kurze Ansprachen, zudem gab es ein (natürlich vegetarisches!) Buffet und viele Möglichkeiten zum Austausch. Solche niederschwelligen Gelegenheiten zur Vernetzung sind der hauptsächliche Grund, warum möglichst immer ein oder mehrere Funktionsträger des Philologenverbandes zu derartigen Veranstaltungen gehen sollten.

>> *v.l.n.r.:* **Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende des PhV BW), Prof. Dr. Ute Mackenstedt (1. Vorsitzende des Landesfrauenrats BW), und Landtagspräsidentin Muhterem Aras**

Link: https://www.gruene-landtag-bw.de/imlaendledaheim-blog/gruenes-landtagsfest/

Für den PhV beim 'sommerlichen Terrassenfest' der großen Lokalzeitungen in Stuttgart

Lange hat Corona die früher üblichen, insbesondere sommerlichen Feste und Empfänge verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen verhindert, aber jetzt eröffneten sich wieder Möglichkeiten, bei derartigen Events den Philologenverband Baden-Württemberg in der Öffentlichkeit zu vertreten und sichtbar zu machen. Networking oder Netzwerken bedeutet Aufbau und Pflege von persönlichen und beruflichen Kontakten – auch der Philologenverband braucht dieses Netzwerk, um als Vertretung der gymnasialen Lehrkräfte in breiter Front als der kompetente Ansprechpartner für das allgemeinbildende Gymnasium wahrgenommen zu werden.

Ralf Scholl und **Karin Fetzner** waren für den Philologenverband beim Sommerfest der drei großen Zeitungen im Südwesten eingeladen. Die Zeitungen *BNN*, *Südwest Presse* und *Badische Zeitung* setzten mit ihrem 'gemeinsamen Büro in Stuttgart' ein »starkes Signal für Qualitätsjournalismus«, sagte auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann in seiner Ansprache an die Teilnehmer aus Politik, Journalismus und Interessenvertretungen. »Wir freuen uns, dass wir immer noch eine starke Kultur an Regionalzeitungen haben«, hob Kretschmann hervor, denn die Bedeutung von gutem Journalismus für die Demokratie sei nicht hoch genug einzuschätzen. Das 'gemeinsame Büro der Zeitungen in Stuttgart' wurde als entscheidender Faktor bewertet, damit die regionale, nationale wie auch die europäische Politik gut bei den Menschen ankomme.

Nach den kurzen Eingangsreden wurde zu Grill, Salatbar und Getränken geladen, und bei diesem inoffizielleren Teil ergaben sich an den Tischen gute Gelegenheiten, mit den Anwesenden ins Gespräch zu kommen. Ralf Scholl konnte sich unter anderem mit Finanzminister Dr. Danyal Bayaz über die Fragen der Lehrerversorgung für die ukrainischen Schüler unterhalten, musste aber aus persönlichen Gründen das Event leider frühzeitig wieder verlassen. Karin Fetzner hatte im Verlauf des Abends die Chance, unter anderem mit Ministerpräsident Kretschmann zu sprechen, der über so manche Pressemitteilung des Philologenverbandes nicht gerade amüsiert war, wie zum Beispiel bei unserer Kritik an seiner Bitte, dass Teilzeitlehrkräfte »nur« eine oder zwei, drei Stunden aufstocken sollten, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das evozierte natürlich den Versuch, dem Ministerpräsidenten zu erklären (obwohl er als ehemaliger Lehrer das eigentlich wissen müsste), dass diese »ein oder zwei Stunden« in der Praxis durch Vor- und Nachbereitung natürlich viel mehr Zeit in Anspruch nehmen. Oft ist die Folge davon, dass die betreffende Person einen zusätzlichen Vor- oder Nachmittag an der Schule ist, was je nach persönlicher Situation nicht zu organisieren ist, denn Teilzeit ist bei praktisch allen durch familiäre Gründe bedingt. Auch die Wertigkeit der Rechtschreibung als Basiskompetenz wurde diskutiert, nach Kretschmann heute nicht mehr von höchster Wichtigkeit, da es ja Rechtschreibprogramme gibt – wobei ein 'vielversprechender' oder ein 'viel versprechender' Politiker eben zwei sehr verschiedene Bedeutungen sind. Da hilft das Rechtschreibprogramm nicht weiter… Einigkeit bestand darin, dass man von jungen Lehramtsanwärtern, die eine Beamtenstelle anstreben, eine gewisse Offenheit und Mobilität erwarten darf, wenn der Bedarf in ihren Fächern nun im ländlichen Raum statt an den attraktiven Universitätsstädten groß ist.

Auch ein Gespräch in entspannter Atmosphäre mit Theresa Schopper zu den Erfahrungen in der Corona-Zeit und ihren Auswirkungen war interessant. Hoffen wir, dass Herbst und Winter uns da in keine extremen Problemsituationen führen. Der Philologenverband hat die rechtzeitige Vorsorge an den Schulen eingefordert, zum Beispiel durch flächendeckende Versorgung der Schulgebäude mit Raumluftreinigern und Maßnahmen für ausreichende Hygiene. Wir werden sehr bald sehen, was die politisch Verantwortlichen im kommenden Schuljahr für Lehrkräfte und Schüler bereithalten – oder eben nicht.

Karin Fetzner

>> Karin Fetzner und Ralf Scholl im Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann *[rechts im Bild]* und weiteren Gästen

>> Karin Fetzner und Ralf Scholl vertreten den PhV BW beim Terrassenfest der Presse

>> Der Vorstand des Landesrealschulverbands im Gespräch mit seinen Mitgliedern

Beim Landesrealschultag in Herrenberg unter dem Motto:

Bildung. Leistung. Zukunft. Realschule!

von Karin Fetzner

In dreijährigem Turnus findet der Landesrealschultag in Baden-Württemberg statt, dieses Jahr am 17. Oktober 2022 in Herrenberg. Ehrengäste aus Schulverwaltung, Industrie, Kommunen und Verbänden, Bildungspolitiker und Vertreter der Parteien im Landtag waren eingeladen, beim öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung des RLV anwesend zu sein. Ich war als Vertretung des PhV BW dabei.

Am Morgen war Dr. Karin Broszat wieder mit großer Mehrheit als Landesvorsitzende des RLV bestätigt worden. Sie nahm die Zuhörer in ihrem Vortrag mit auf eine Zeitreise zur Geschichte der Realschule. Diese wurde in BW gegründet als durchlässiger Mittelweg, zunächst 'Mittelschule' genannt, also die Schule, die zwischen der damals mehrheitlich besuchten 'Volksschule', heute Hauptschule, und dem Gymnasium angesiedelt war. Die Schüler konnten, je nach Leistungsfähigkeit und unabhängig vom Bildungsstand im Elternhaus, diese Schulart besuchen, die sich als Sprungbrett für vielfältige Ausbildungswege oder die darauf aufbauenden beruflichen Oberstufen oder Berufskollegs erwies. Aufstieg durch Leistung – das war ein anerkannter Weg! Der Erfolg des Mittelstands in BW basiert sehr stark auf den Absolventen der Realschule. Seit 2011 wurden durch falsche bildungspolitische Weichenstellungen diese passenden Schullaufbahnen erschwert oder fast unmöglich gemacht, die Haupt- und Werkrealschule schlecht geredet und eine 'Schule für alle' als Heilsbringer propagiert. Eine Niveausenkung durch die aufgezwungene Heterogenität der Schülerschaft auch in der Realschule (!) und durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung war die Folge. Und heute sucht die Wirtschaft verzweifelt Auszubildende und Fachkräfte. Dr. Broszats Forderung ans KM lautet: »Nicht an Symptomen herumdoktern, sondern die Gründe für die Fehlentwicklung beseitigen – ohne ideologische Scheuklappen!« Eine Zusammenfassung der Forderungen des RLV findet sich in der Resolution, die am Ende des Landesrealschultags als 'Zweite Herrenberger Erklärung' beschlossen wurde, siehe unter https://www.facebook.com/Realschullehrerverband/photos/pcb.1711152845972294/1711152632638982. Hier findet man das klare Bekenntnis zu einem differenzierten, begabungsgerecht gegliederten Schulsystem, das vor 2011 über lange Zeit dafür gesorgt hatte, dass Baden-Württemberg sich bei schulischen Leistungsvergleichen immer mit an der Spitze aller Bundesländer befand. Nicht umsonst ist die Realschule neben dem Gymnasium die von Elternseite am zweithäufigsten gewählte Schulart nach der vierten Klasse, und ihre Abgänger sind in der Wirtschaft sehr willkommen. Es ist geboten, endlich die falschen Weichenstellungen der vergangenen Jahre an der Ursache zu korrigieren, das heißt die Stärkung und Profilierung der verschiedenen Schularten anzustreben anstatt eine weitere Nivellierung nach unten zuzulassen. Unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Schularten!

Es folgten Grußworte vom Herrenberger Oberbürgermeister Thomas Sprißler (als Schulträger von unter anderem zwei Realschulen im Ort), von Jürgen Böhm (dem Vorsitzenden des Deutschen Realschullehrerverbands, der vor kurzem für seine Arbeit das Bundesverdienstkreuz erhielt), von Volker Schebesta MdL (in Vertretung für Theresa Schopper, die in Berlin zur Verkündung der IQB-Ergebnisse weilte) und von Kai Rosenberger (BBW), die sich alle unter anderem für die Notwendigkeit von passgenauen Schullaufbahnen für die Kinder und Jugendlichen aussprachen und die Verpflichtung des Landes Baden-Württemberg betonten, die verschiedenen Schularten für eine chancen- und begabungsgerechte Förderung besser zu unterstützen und bedarfsgerecht zu finanzieren.

Den Festvortrag hielt Wolfgang Grenke, der Präsident der IHK BW, der sich auf das Motto bezog: Mit Bildung durch Leistung in die Zukunft! Er legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die vielen aktuell fehlenden Fachkräfte und die daher umso nötigere Information der Schülerinnen und Schüler durch Berufsorientierung und Praktika in den Betrieben. Genauso wesentlich sei die hinreichende Ausbildungsreife, die Auszubildende mitbringen müssten, um erfolgreich in den Beruf starten zu können. »Karriere mit Lehre!«, so seine Devise, und der Realschulabschluss bilde dafür die beste Grundlage. Auch der IHK-Präsident schloss sich der Forderung an, dass das Land den Schulen genügend Ressourcen bereitstellen müsse, insbesondere auch genügend Lehrkräfte!

Musikalisch umrahmt wurde dieser öffentliche Teil des Realschultages von einer Bläserklasse der örtlichen Jerg-Ratgeb-Realschule.

Wieder zeigten sich die gemeinsamen Grundüberzeugungen unserer beiden Lehrerverbände, des RLV und des PhV: Am selben Tag wurden in Berlin die Ergebnisse der IQB-Studie veröffentlicht, welche leider wieder einmal das erneute Abrutschen Baden-Württembergs in den bundesweiten Bildungsrankings verdeutlichten. Daher ist es für die Zukunft wichtig, dass wir uns im Interesse der Kinder und Jugendlichen gemeinsam für die Sicherung und Wiederherstellung guter Bildungsqualität in einem leistungsorientierten gegliederten Schulsystem in Baden-Württemberg einsetzen!

A teacher presents the past, reveals the present and creates the future

70 Jahre Junge Philologen im DPhV – die BUAG feiert

Der hochgeschätzte Georg Hoffmann, Bundevorsitzender der JuPhi im DPhV, und sein Vorstandsteam, zu dem als Beisitzer auch Maximilian Röhricht aus Baden-Württemberg zählt, brachten es bei dem Festakt in den Beiträgen auf den Punkt:

- die Unterrichtsversorgung muss gewährleistet sein und bleiben
- das Niveau der Bildung darf nicht unter der Not der fehlenden Lehrkräfte leiden
- die Ausbildung der Lehrkräfte braucht den Fokus, zum Beispiel mit der Rückkehr zum 24-monatigen Referendariat.

Wer beste Bildung will, muss auch beste Bedingungen für die Lehrkräfteausbildung schaffen.

Eine fundierte und zeitlich angemessene Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist nicht nur Voraussetzung für einen qualitativ hochwertigen Unterricht, sondern hilft mit, junge Menschen auch künftig für den Lehrerberuf zu begeistern.

Den Festakt umrahmten die Grußworte von unserer Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Senatorin Astrid-Sabine Busse und dem dbb-Vorsitzenden Ulrich Silberbach, der in seinem Beitrag einen Fokus auf den Lehrkräftemangel legte.

Die Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Bundesländer nutzten die Zeit am Rande der Veranstaltung für die Intensivierung ihrer Kontakte und Verbindungen.

Martina Scherer war als stellvertretende Landesvorsitzende angereist und mit Pascal Maucher und Maximilian Röhricht, beide stellvertretende JuPhi-Landesvorsitzende, war Baden-Württemberg gut vertreten, was als eines der großen Bundesländer aber auch extrem wichtig ist. Die am gleichen Wochenende stattfindende Sitzung des berufspolitischen Ausschusses des DPHV brachte mit Cord Santelmann einen weiteren Baden-Württemberger mit zur Festveranstaltung.

Mit einer kleinen Zeitreise führte Georg Hoffmann durch die siebzig Jahre mit den Vorsitzenden der Bundes JuPhi und es war festzustellen, dass mit nur einer Ausnahme bisher immer männliche Vorsitzende das Amt innehatten. Dieser Tatsache folgte ein deutlicher Appell an die jungen weiblichen Landesvorsitzenden der JuPhi, über ihren Einsatz als Bundes JuPhi nachzudenken.

Ein paar 'Schmankerl' (alles vor 1980) aus den Themen, Forderungen und Herausforderungen der Arbeit der Bundes AG der JuPhi:

- Der Erhalt der 'höheren' Schule
- Die Entlassung der weiblichen Lehrkräfte mit deren Heirat
- »Referendare leben wie Sozialfälle«
- Dschungel von Krankenversicherungen führte zu einer 'Wegweiser' Broschüre (1973)
- Lehrermangel
- Unterrichtsausfall
- Verschlechterung der Einstellungssituation

In der Festschrift der JuPhi ist zu lesen: »Der lang anhaltende Einstellungsstopp von jungen Lehrkräften führte zu Lehrermangel, zum befürchteten Niveauverlust, kurzsichtige tagespolitische Entscheidungen begannen sich zu rächen.«

Aktueller könnte das Zitat heute nicht sein, obwohl es aus der Zeit von 1975 bis 1978 stammt! Die Podiumsdiskussion mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Ministerin Karin Prien, dem Parlamentarischer Staatssekretär Jens Brandenburg MdB und der Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing zeigte dies sehr deutlich.

Beherrschend war das Thema der Einstellung und der Qualität. Es fehlen Lehrkräfte an allen Ecken und Enden, da konnte einem beim bundespolitischen Blick darauf etwas bange werden, wenn unter anderem über weitere zeitliche Einsparungen in der Ausbildung gesprochen wurde. Dabei wurde der Blick in andere Länder geworfen, um sich dort zu orientieren, aber das Publikum beschlich das Gefühl, dass die Rahmenbedingungen aus den anderen Ländern nicht unbedingt an mehr Ressourcen geknüpft sind. »Es werden Veränderungen kommen!« so die KMK-Präsidentin. »Wir bleiben mit Ihnen im Gespräch, aber es wird passieren.«

In den Augen der Bundes-JuPhi und des Gesamtverbandes kann eine Verkürzung der Ausbildung (auch wenn es aus der Not heraus ist) >>

>> *v.l.n.r.:* **Pascal Maucher, Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, KMK-Präsidentin Kathrin Prien, Martina Scherer und Maximilian Röhricht**

>> Podiumsdiskussion der Teilnehmenden

>> Ulrich Silberbach (Vorsitzender des dbb) mit Martina Scherer

nicht die Qualität des Unterrichtes erhalten, geschweige denn verbessern. Ebenso ist es für die Umsetzung bei der Planung vor Ort nicht von Vorteil, wenn Lehrkräfte nur ein Fach unterrichten können.

Wie sollen quer eingestiegene Lehrkräfte mit nur pädagogischer Begleitung den pädagogischen Auftrag erfüllen? Die Antwort blieb vage, auch wenn dieses Mittel noch mehr ins Auge gefasst werden wird – so die Aussagen vom Bund.

Ebenso wurde nicht konkret benannt, welche Länder als Vorbild für Deutschland gelten sollen. Das Problem, dass die Bundespolitik Ideen entwickelt, dann jedoch Bildung Ländersache ist, stellte bei der ganzen Diskussion eine erhebliche Herausforderung dar. Und eine Frage drängte sich dem kritischen Publikum auf: Hat die Politik tatsächlich die Schülerinnen und Schüler und deren Lehrkräfte im Blick oder sind die Hände zu sehr an Zwänge, Parteibücher oder Finanzen gebunden?

Fazit ist und bleibt: Wir brauchen eine starke Interessensvertretung für das Gymnasium – mehr denn je! Wir müssen mit der Politik im Dialog bleiben und damit die Interessen unserer Mitglieder vertreten. Wir müssen uns stark machen für das Gymnasium, für die Studierfähigkeit, für unseren Fächerkanon, für unsere Lehrkräfte, für das Niveau der Inhalte, für die pädagogische Umsetzung und für die Praktikabilität im Alltag, um nur einige Punkte zu nennen.

Der (D)PhV – stark für das Gymnasium – im Land und im Bund!

Martina Scherer

Arbeitnehmer

Erfolgreicher Auftakt der Fortbildungsangebote des Arbeitskreises der Arbeitnehmer

Es waren zwei gelungene Auftaktveranstaltungen, die der Arbeitskreis Arbeitnehmer (AKA PhV BW) im Rahmen der Expertenvortäge zu den Themen 'Rente' und 'Freistellungsjahr' den an Arbeitnehmerthemen interessierten PhV-Mitgliedern Ende Oktober 2022 anbot.

Als Referentinnen und Referenten standen zu den inhaltlich parallel aufgebauten und identischen Fortbildungen neben der Vorsitzenden des Arbeitskreises der Arbeitnehmer, Ursula Kampf, für den Bezirk Südbaden Jürgen Harich und für den Bezirk Nordbaden Annette Rödler zur Verfügung. Sie referierten zu den Grundlagen des TV-L, was es hinsichtlich des Renteneintrittes alles zu beachten gilt. Neben den verschiedenen Möglichkeiten, in die Rente zu gehen und deren jeweils spezifischen Besonderheiten waren weitere Schwerpunkte, die den zahlreich online zugeschalteten Teilnehmenden mit verschiedenen Beispielen anschaulich erklärt wurden, unter anderem die Möglichkeiten des Flexirentengesetzes oder die Zusatzverdienstmöglichkeiten bei einem Rentenbezug.

Zusammenfassend gilt für alle angesprochenen Aspekte, dass ein Rentenbezug nie automatisch beginnt. Deshalb betonten die Referierenden mehrmals, dass ein frühzeitiger Antrag bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) und bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) unabdingbar sind.

Zum Freistellungsjahr, dem sogenannten Sabbatjahr, wurden den Teilnehmenden dessen Voraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten vorgestellt. Besonders interessant ist hierbei für langjährig Versicherte das Angebot eines Sabbatjahres in einer Kombination mit der Rente.

Am 8. und 10. März 2023 wird diese Fortbildung erneut online angeboten. Ursula Dingler aus Südwürttemberg und Beatrix Verse aus Nordwürttemberg sind dann neben Ursula Kampf die Referentinnen. Die Anmeldung dazu erfolgt über den internen Bereich der Homepage des Philologenverbandes Baden-Württemberg.

Jürgen Harich und **Annette Rödler,**
Arbeitskreis Arbeitnehmer PhV BW

Hauptversammlung der dbb frauen

Die dbb frauen zu Gast im 'Ländle'

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz – ein Kavaliersdelikt? Das war der Titel der brisanten Podiumsdiskussion der dbb frauen. Alle Frauenvertreterinnen der demokratischen Parteien im Landtag waren anwesend, moderiert wurde die Diskussion von der Vorsitzenden Milanie Kreutz. Es ist erschreckend, dass wir im Jahr 2022 immer noch mit diesem Thema konfrontiert werden; es fehlen leider immer noch praktikable Handlungsempfehlungen beim Umgang mit derartigen Vorfällen in den Dienststellen. Wir als gymnasiale Lehrkräfte sind solch unangenehmen Situationen, ein Glück, nicht so häufig ausgesetzt wie Kolleginnen und Kollegen in anderen Bereichen im öffentlichen Dienst. Absoluter Konsens war, dass dabei nur eine 'Null-Toleranz-Kultur' der richtige Weg sein kann und das muss an allen Dienststellen des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden.

Martina Scherer nahm als Vertreterin des DPhV für Gabriele Kasigkeit teil. Sie unterstützt die Frauenvertretung des DPhV an vielen Stellen und das Gremium der dbb frauen ist eines davon. Hier kann sich unsere stellvertretende Landesvorsitzende für die Bedürfnisse des Bildungswesens einsetzen und vor allem für die Zukunft des Gymnasiums starkmachen. Die zweitägige Sitzung war gefüllt mit den üblichen To Do's der Sitzungskultur. Ein großer inhaltlicher und auch spannender Punkt waren jedoch die anstehenden Wahlen des dbb im November. Wie schon bei manch anderer Bundesveranstaltung in letzter Zeit stellten sich Kandidaten vor und füllten auch die Kaffeepausen und den Abend mit Gesprächen. Für dieses Gremium war besonders wichtig, dass sich zwei Frauen für die Bundesebene des dbb zur Wahl stellen werden. Alle Frauen drücken ihnen die Daumen, damit sie sich bei der Wahl Ende November behaupten können. Leider liegt der Anteil der Frauen bei den Delegierten für den Gewerkschaftstag des dbb Ende November in Berlin weit unter dreißig Prozent und für die kommende Zeit wird es eine Aufgabe sein, in den Fachgewerkschaften mehr Frauen auf die Positionen der Vorsitzenden zu bekommen und/oder, dass die Frauenvertreterinnen auch eine Stimme in den Landesvorständen erhalten können. Vor allem im Bildungsbereich ist der Anteil von Frauen deutlich gestiegen, obwohl sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht immer gut umsetzen lässt. Unterrepräsentanz gibt es aber auch hier bei den Führungspositionen. Es sind nicht alle Leitungsstellen in Teilzeit möglich und da wird sich in Zukunft etwas ändern müssen. Auch fehlt leider vielen Frauen das Zutrauen, sich an die vorderste Position zu stellen, da sie sich Perfektionismus abverlangen und daran zweifeln, ob sie allen Aufgaben in dieser Position gerecht werden können. Frauen sollten mehr den Mut haben, einen Teil der Aufgaben zu lernen, wenn man auf der Position ist.

Finanzminister Danyal Bayaz (Bündnis 90/GRÜNE) ließ sich einen Besuch bei den dbb frauen nicht nehmen und vertrat ebenfalls die Meinung, dass Führen in Teilzeit möglich sein muss. Tandems seien in seinen Augen ein Zukunftsmodell, um der Unterrepräsentanz von Frauen in Spitzenämtern entgegenzuwirken. Wir sind gespannt, wie die Landesregierung in Baden-Württemberg dies angehen bzw. vorantreiben wird.

Grundsätzlich sind Digitalisierung, Fachkräftemangel und Krisenbewältigung zentrale Themen im öffentlichen Dienst, was beim Austausch über die Länderberichte und Vernetzung der Frauen innerhalb der über vierzig Fachgewerkschaften des dbb wieder sehr deutlich wurde.

Martina Scherer

>> Die Teilnehmerinnen bei der Podiumsdiskussion *(v.l.n.r.)*: Verena Hahn (stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrats BW), Heidi Deuschle (Frauenvorsitzende des bbw), Alena Trauschel (FDP), Dorothea Klische-Behnke, Milanie Kreutz (dbb frauen), Isabell Huber (CDU) und Stefanie Seemann (Bündnis 90/GRÜNE)

>> Martina Scherer im Austausch mit Milanie Kreutz und Ulrich Silberbach vom dbb

>> Freudiges Wiedersehen mit der Kollegin vom VDR, Kerstin Jonas

Thema aktuell

heute: CDU

Das Ziel: Ein Pfad zurück zur Normalität – Sichere Unterrichtsversorgung und qualitätsvolle Weiterentwicklung

von **Dr. Alexander Becker, MdL**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,
welchen Herausforderungen das Schulsystem insbesondere in den letzten beiden Jahren gegenüberstand, ist uns allen gemeinsam bewusst. Das betrifft nicht nur die Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen oder den Zuzug von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine. Es betrifft auch die mittel- und langfristigen Planungen der Unterrichtsversorgung sowie die Rahmenbedingungen von Schule und Unterricht. Als Bildungspolitiker weiß ich, dass das 'System Schule' unter diesen Bedingungen in vielerlei Hinsicht unter Druck steht. Daher klingt es beinahe vermessen, von einem Weg zurück zur Normalität sprechen zu wollen.

Die Regierungsfraktionen haben sich im Rahmen der Haushaltsaufstellung gemeinsam auf den Weg gemacht, mit der beschlossenen Stichtagsregelung Vertretungslehrkräfte für die Zeit der Sommerferien zukünftig durchzuzahlen. CDU-seitig setzen wir damit auch eine Forderung unseres jüngsten Landesparteitags um. Des Weiteren wurde seitens des Kultusministeriums die Möglichkeit geschaffen, bewährte Vertretungslehrkräfte (auch ohne Staatsexamen) nach 30-monatiger Beschäftigungszeit zu entfristen. Beides sind sinnvolle Ergänzungen. Allerdings ist klar, dass, abgesehen von diesem Schritt der Wertschätzung für die Arbeit vor Ort, die langfristige Sicherung der Unterrichtsversorgung weiterer Maßnahmen bedarf. Es sollte nicht der Eindruck erweckt werden, den Lehrkräftemangel durch Vertretungslehrkräfte kompensieren zu wollen oder dies langfristig zu können.

Die bildungspolitische Zielsetzung, die Qualität von Schule und Unterricht in allen Schularten zu stärken, korreliert mit einer verlässlichen Unterrichtsversorgung und guten Rahmenbedingungen für Lehrkräfte (und Lernende). Die Studien- und Ausbildungskapazitäten für die Lehrämter sollten daher nicht nur 'bedarfsgerecht' sein, sondern einen Bewerberüberhang erlauben, der Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Deshalb wollen wir als CDU die notwendigen Maßnahmen in den Blick nehmen, um eine ausreichende Lehrerversorgung im Land zu erreichen, was unser Anspruch von Normalität ist.

Es braucht eine Diskussion und verbindliche Absprache mit Wissenschafts- und Kultusministerium darüber, welche Studienplätze in welcher Zahl an den Pädagogischen Hochschulen und Universitäten angeboten werden und welche fachspezifischen Bedarfe, auch Fächerkombinationen, an den Schularten abzudecken sind. Eine Prognoserechnung »in Köpfen« genügt nicht, um qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fachrichtungen zu sichern. Für mich ist es auch eine Form der Wertschätzung, junge Menschen bei ihrem Weg in den Beruf besser zu beraten und zu begleiten.

Ein Pfad zurück zur Normalität bedeutet nicht nur, auf dem Papier Deckungslücken schließen zu können. Dieser Pfad bedeutet, wieder eine Bestenauslese statt eine Mangelverwaltung zu haben. Gleichzeitig sollten wir in diesen Verhandlungen verhindern, dass der alte 'Schweinezyklus' wieder auftreten kann: In Jahren, wie wir sie aktuell erleben, besteht mangels Angebot keine Auswahl, während in anderen Jahren hervorragende Referendarinnen und Referendare nicht übernommen werden können. Im Bereich der Landespolizei konnte eine derartige 'Untertunnelung' der Stellengebirge bereits in den 2000er-Jahren durchgeführt werden.

Ein weiterer Teil der Wegstrecke auf diesem Pfad liegt im Umgang mit den Seiteneinsteigern, die wir erfreulicherweise gewinnen können. Hier müssen wir uns noch mehr mit der Frage beschäftigen, wie wir diese Lehrkräfte systematischer als bisher nachqualifizieren können.

Auf diesem Pfad zur Normalität gibt es im Bereich der Gymnasiallehrkräfte eine weitere Schieflage, die zu bereinigen ist. Das betrifft die zur Verfügung stehenden A 14-Stellen und deren Verteilung auf die Schularten. Im Mai 2022 fiel das konventionelle Beförderungsverfahren mangels Stellen aus. Hier wollen wir als CDU gegensteuern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihren Einsatz an unseren Schulen und für die Kinder und Jugendlichen. Lassen Sie uns diesen Pfad zurück zur Normalität in unserem Schulsystem gemeinsam gehen. Anregungen Ihrerseits und der Dialog mit Ihnen sind mir dabei immer willkommen.

Für den PhV BW bei der Vertreterversammlung des VBE BW in Pforzheim

Am 28. Oktober 2022 fand im CongressCentrum Pforzheim die diesjährige Vertreterversammlung des VBE BW statt, bei der ich als Vertreterin des PhV BW im öffentlichen Teil anwesend war. Die Gästeliste während dieser Stunden war sehr umfangreich: lokale und überörtliche Politiker, weitere BBW-Lehrerverbände, Städtetag, Gemeindetag, Vertreter aus Industrie, Wirtschaft, Schulverwaltung und Kirchen, einige Vertreter anderer VBE-Landesverbände, der Bundesvorsitzende des VBE , der Landesvorsitzende des BBW, die Kultusministerin – sie alle waren der Einladung des VBE gefolgt. Moderiert wurde der öffentliche Teil der Versammlung von Markus Brock, TV-Moderator beim SWR. Am Vormittag war Gerhard Brand als VBE-Landesvorsitzender mit gut 96% der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt worden.

Nach einem Grußwort des Pforzheimer Bürgermeisters Frank Fillbrunn folgte die Begrüßung durch den neuen und alten VBE-Landesvorsitzenden Gerhard Brand, der die drei größten Forderungen des VBE vortrug:

- Mehr pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen.
- Mehr Lehrkräfte in den Schulen.
- Mehr Personal in Schulverwaltung, Seminaren, Universitäten.

Brand warf der Politik vor, die Mängel und das Personalproblem, das sich jetzt so massiv zeige, jahrelang verschlafen zu haben. Zu den Seiten- und Quereinsteigern habe der VBE eine zwiespältige Haltung, denn einerseits brauche man weitere Menschen im System, aber es müssten gut ausgebildete Kräfte sein, deshalb gelte für die Seiteneinsteiger: Eine sorgfältige Auswahl, eine fundierte Grundausbildung und eine qualifizierte Begleitung und Nachqualifikation seien Bedingung für den Einstieg. Zudem forderte er die Politik zu mehr Ehrlichkeit auf, denn der vollmundig ausgerufene Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/2027 sei sehr wahrscheinlich nicht erfüllbar.

Die anschließende Rede von Theresa Schopper enthielt viele schon vorher bekannte Aussagen: Die große Bedeutung guter Bildung, die »erwartbaren« IQB-Ergebnisse, die Abhängigkeit vom sozialen Milieu und die schwierige Situation, in der die Tests durchgeführt wurden. Baden-Württemberg steuere mit den Programmen 'Starke Basis' und 'Rückenwind' dagegen, auch schon im frühkindlichen Bereich müsse man »jeden Stein umdrehen«, aber die Lage sei schwierig. Auch die rund 26 000 Ukraine-Kinder in den Schulen seien zwar eine immense Herausforderung, aber man habe Mittel bereitgestellt. Der Lehrkräftemangel sei ein bekanntes Problemfeld, dem man mit Erhöhung der Studienplätze entgegenwirke, aber – ein Seitenhieb auf den VBE – ein 'Notstand', wie vom VBE propagiert, sei es nicht. Man dürfe den Lehrberuf nicht schlechtreden, sondern müsse dringend die Attraktivität stärken. Die Quereinsteiger müssten »pädagogisch nachbesohlt« werden – das Bild erzeugt ein interessantes Kopfkino …

>> Der Vorstand des VBE BW im Gespräch mit seinen Vertretern

Kai Rosenberger fasste die derzeitige Lage mit knappen, aber treffenden Worten zusammen: »Wenn der Politik das Thema wichtig erscheint, dann spielt Geld keine Rolle!« Er warte auf das Sondervermögen Bildung. Aus der Sicht der Lehrkräfte sei auch das 4-Säulen-Modell nicht der große Wurf, denn es gehe an der Lehrerschaft vorbei. Seine Empfehlung: Die Landespolitik muss von positiven Beispielen wie in Hessen lernen! Rosenberger bedankte sich ausdrücklich bei allen Lehrkräften für die engagierte Arbeit in den Schulen.

Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann sparte ebenfalls nicht mit Kritik an der Politik: »Die Kultusminister haben sich in den letzten Jahren die Zahlen schöngerechnet und viel zu lange am Prinzip Hoffnung festgehalten!« Er beklagte insbesondere die hohe Abbruchquote bei Lehramtsstudiengängen und die Überlastung von Schulleitungen. Die KMK-Zahlen für den Lehrerbedarf 2035 und die Prognose des VBE unterschieden sich >>

>> Ministerin Theresa Schopper referiert vor den Vertretern des VBE BW

um Welten, er sei keinesfalls bereit, den Personalmangel als neue Normalität zu akzeptieren. Ebenso warnte er vor der falschen Hoffnung, dass durch mehr Digitalisierung weniger Lehrerbedarf entstehen könne: »Wir brauchen Personen statt Digitalisierung!« Ganz besonders gelte das für Grundschulen und Kitas, die mit viel zu wenig Personal den Kindern basale Kompetenzen vermitteln sollen. Sein Aufruf: »Die Ministerpräsidenten sollen Bildung zur Chefsache machen! (Eventuell mit Vorsicht im Falle von Kretschmann, dessen Äußerungen in letzter Zeit gewisse Zweifel aufkommen ließen …)«.

Bei der folgenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Markus Brock waren auf der Bühne: Dr. Alexander Becker (CDU), Thomas Poreski (GRÜNE), Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP), Katrin Steinhülb-Joos (SPD) als Vertreter der Bildungsausschüsse ihrer Parteien im Landtag, und Gerhard Brand vom VBE.

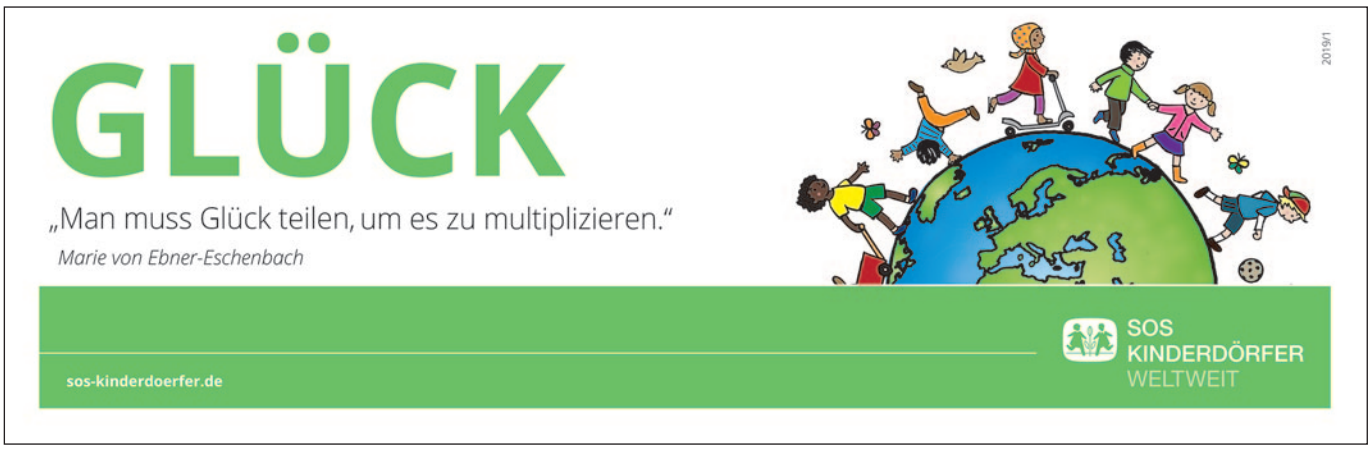
Auf die drängenden Fragen, wie man die Bildungsqualität erhöhen und den Personalmangel verringern könne, antworteten die Protagonisten ziemlich erwartungsgemäß mit den bekannten Statements ihrer Parteien, von der behaupteten 'Bildungsgerechtigkeit' beim längeren gemeinsamen Lernen (»Brauchen wir mehr Hamburg?«) bis zur Wiederherstellung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung bei einem gestärkten differenzierten Schulsystem (»Brauchen wir mehr Bayern?«). Klar ist auf jeden Fall, dass die aktuellen Testergebnisse sich seit 2011 in Baden-Württemberg deutlich verschlechtert haben, und dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, um die Ausbildungsreife und die Studierfähigkeit der Jugendlichen wieder zu verbessern.

Man war sich einig, dass die Attraktivität des Lehrerberufs gesteigert werden muss, und in diesem Zusammenhang mussten sich Winfried Kretschmann (in Abwesenheit) bzw. stellvertretend seine grünen Parteifreunde mehrfach anhören, dass die unüberlegten Äußerungen wie zum Beispiel über die fehlende Qualität des Unterrichts von den Lehrkräften extrem negativ aufgenommen wurden – bis von grüner Seite die Mahnung kam, doch mehr »Sorgfalt in der Diskussion walten zu lassen« und niemanden verächtlich zu machen.

Weitere Diskussionsthemen waren: Kita-Pflicht – ja oder nein, sozialindexbasierte Ressourcen, Ferienarbeitslosigkeit der KV-Kräfte, Überlastung der Schulleitungen, Recht auf Ganztagsbetreuung, Lehrkräftemangel und Mangel an Erziehungsfachkräften, IT-Administration und Digitalisierung an Schulen, Corona-Lernlücken und weiteres …

Auch an dieser Stelle gab es wieder den harschen Wink an den Ministerpräsidenten, dass er keinesfalls hoffen möge, durch Digitalisierung Lehrkräfte einzusparen. Kein Tablet kann einen Schüler motivieren oder trösten! Gerade die Erfahrungen während des Fernunterrichts in der Corona-Zeit haben gezeigt, dass die Interaktion zwischen den Menschen zum Lernen nötig ist, dass das menschliche Gegenüber unersetzlich ist. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern hat nur dienende Funktion unter pädagogischer Prämisse. In dem Zusammenhang wurde erneut die Forderung erhoben, dass es einen »digitalen Hausmeister« geben muss, damit keine wertvollen Lehrerstunden für Admin-Aufgaben abgezogen werden. Gerhard Brand forderte zum Abschluss der Diskussionsrunde die Politik zur Ehrlichkeit in der Bildung auf. Die Kolleginnen und Kollegen erwarteten Taten anstelle von leeren Worten.

Karin Fetzner



Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf, stellvertr. Vorsitzende | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

A 14-Beförderungsverfahren Mai 2023/ Ausschreibungsverfahren

Im Jahr 2023 können voraussichtlich 117 A 14-Beförderungsstellen landesweit für das konventionelle und das Ausschreibungsverfahren besetzt werden.

Nach der Verwaltungsvorschrift 'Beförderung zur Oberstudienrätin/zum Oberstudienrat' werden fünfzig Prozent der A 14-Beförderungsstellen im Wege des Ausschreibungsverfahrens besetzt. Damit könnten im Bereich der Gymnasien zum 1. Mai 2023 insgesamt 58 Ausschreibungsstellen vergeben werden.

Das Kultusministerium hat sechs Stellen, die 2022 den Prozentsatz von fünfzig Prozent überschritten haben, dem Ausschreibungsverfahren abgezogen. Dadurch hat sich die Anzahl der Ausschreibungsstellen für das Ausschreibungsverfahren 2023 (von 58) auf 52 verringert.

Die Verteilung der Ausschreibungsstellen auf die Regierungspräsidien ist wie folgt:

Stuttgart 20 Stellen, Karlsruhe 13 Stellen, Freiburg 10 Stellen, Tübingen 9 Stellen.

Verspätete Zuteilung von Anrechnungsstunden für Fachberaterinnen/Fachberater für die Mitarbeit beim Landesbildungsserver, in Abiturkommissionen und sonstige Sonderaufgaben

Da den HPR Gymnasien in letzter Zeit vermehrt Klagen erreicht haben, dass versprochene Anrechnungsstunden für die Arbeit bei diversen Aufgaben sehr spät eintreffen, setzt sich der HPR Gymnasien dafür ein, dass in Zukunft Anrechnungsstunden zeitnah zugeteilt werden.

Schulkonten für die Abwicklung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Der HPR Gymnasien versucht schon seit geraumer Zeit, das Kultusministerium dazu zu bewegen, dienstliche Konten bei Banken zum Zwecke der Abwicklung von außerunterrichtlichen Veranstaltungen einzurichten oder sich zumindest bei diesen für die Einrichtung von kostenlosen Konten einzusetzen. Dies erweist sich allerdings als schwierig. Das Kultusministerium prüft derzeit die Möglichkeit und möchte dabei auch die Änderungen bei der Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand ab 1. Januar 2023 in die Prüfung einbeziehen.

Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Referendarinnen und Referendare ab VD 2024

In dieser Sache hat der HPR Gymnasien als zuständige Stufenvertretung seine Beteiligung in dieser Angelegenheit angemahnt. Die von Referendarinnen und Referendaren und auch vom HPR Gymnasien gesehene Hebung der Arbeitsleistung dient hier als berechtigte Begründung. Wenn der HPR Gymnasien hier beteiligt werden sollte, wird er versuchen, eine Verschlechterung der Ausbildung durch höhere Unterrichtsbelastung und etwaige zusätzliche Kürzung von Ausbildungsinhalten zu verhindern.

Beschäftigung von befristet beschäftigten Lehrkräften über die Sommerferien

Der HPR Gymnasien hat mit Interesse die Äußerungen von Politikern verfolgt, die eine Beschäftigung/Bezahlung dieser Personengruppe in Aussicht gestellt haben. Dies soll für diejenigen gelten, die nachweislich im Folgeschuljahr gebraucht werden und ab einem bestimmten Stichtag beim Land bereits angestellt sind. Den HPR Gymnasien freuen diese Aussagen, hat er sich doch jahrelang für ebendiese Maßnahme eingesetzt. **Jörg Sobora**

>>

Bilanz und Jahresplanung vorgelegt

Am 13. Oktober 2022 fand in Bad Wildbad die diesjährige ZSL-Jahrestagung statt. Der Leiter des ZSL, Dr. Thomas Riecke-Baulecke, gab einen umfangreichen Bericht über die im letzten Jahr erbrachten Leistungen von ZSL und Seminaren. Insbesondere die Auswirkungen der Corona-Krise und des Ukraine-Konfliktes haben hier schnelle Reaktionen erforderlich gemacht, die aus Sicht des ZSL zielführend waren.

Mit Spannung wurden auch die Zahlen zu den im vergangenen Jahr durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen erwartet. Insgesamt wurden vom ZSL über 12 000 Maßnahmen angeboten, von denen allerdings knapp 40 Prozent aus verschiedenen Gründen ausgefallen sind. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob hier Angebot und Nachfrage in Zukunft nicht in ein etwas günstigeres Verhältnis überführt werden können.

Zum Abschluss gab es noch einen kurzen Ausblick über die geplanten Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2023. Hier lässt sich ableiten, dass – seit Gründung des ZSL stand fast ausschließlich die Fortbildung im Mittelpunkt der Bemühungen – nunmehr die Seminare in den Fokus genommen werden sollen. Einige der in diesem Zusammenhang aufgeführten 'Baustellen' am ZSL hat der PhV in der Vergangenheit bereits mehrfach angemahnt: z.B. Prozessklärungen zwischen ZSL, Regionalstellen und Seminaren, die Vermeidung von Mehrfachbefassungen zwischen ZSL und RP sowie eine einheitliche Regelung über die Vergabe von Anrechnungsstunden.

Gemeinsame Personalratsschulung
Am 6. und 7. Oktober fand eine gemeinsame Personalratsschulung für den außerschulischen Bereich in Pforzheim statt. Unter der Leitung des VBE, einer Partnergewerkschaft des PhV, trafen sich hier etwa 35 Personalratsmitglieder aus KM, IBBW, ZSL, RP, SSA und Seminaren zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch über ihre Personalratstätigkeit. Eine wichtige Erkenntnis konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ende mit nach Hause nehmen: *»Gemeinsam sind wir stärker!«*

Michael Belz

>> In ihrem Test untersuchten die beiden Jungen, Rettungssanitäter an ihrer Schule, Klebe- und Ablöseverhalten, Wasserfestigkeit, Luftdurchlässigkeit und Saugfähigkeit von Pflastern

© Fotos: Stiftung Warentest/E. Zippel

Jugend testet – der Schülerwettbewerb der Stiftung Warentest

»Es ist etwas ganz anderes, etwas nur erklärt zu bekommen oder es selbst herauszufinden.«

Eistee und E-Scooter, College-blöcke und Cornflakes, Fitness-Apps und Fastfood-Ketten, Wimperntusche und Whiteboard-Schwämme – beim Wettbewerb 'Jugend testet' können Schülerinnen und Schüler fast alles untersuchen, was sie interessiert. Das Thema ist frei wählbar, Hauptsache, es passt in eine der beiden Wettbewerbskategorien 'Produkttests' oder 'Dienstleistungstests'. Zu gewinnen gibt es in jeder Kategorie drei Hauptpreise mit 2500 Euro, 2000 Euro und 1500 Euro sowie Reisen nach Berlin. Mitmachen können Schülerinnen und Schüler, die zwischen 12 und 19 Jahre alt sind – einzeln, als Team oder ganze Klasse. Sie müssen nur eine Schule in Deutschland besuchen. Was es für die Teilnahme braucht: eine gute Testidee, sinnvolle Prüfkriterien und Untersuchungsmethoden sowie eine nachvollziehbare Dokumentation des Tests.

Zielsetzung des Wettbewerbs

Den Wettbewerb führt die Stiftung Warentest seit über vierzig Jahren durch – mit dem Ziel, kritisches Konsumverhalten bei jungen Leuten zu fördern. Es geht darum, sich eine eigene Meinung zu bilden und entsprechende Bewertungen und Testberichte kritisch reflektieren zu können. Dass das funktioniert, zeigt das eingangs zitierte Fazit einer Teilnehmerin.

MATERIAL FÜR LEHRKRÄFTE

Für Lehrkräfte gibt es als Unterstützung das Unterrichtsmaterial 'Jugend testet – Schülerwarentests als Unterrichtsmethode'. Das Material zeigt systematisch die neun Schritte, die zu erfolgreichen Schülertests führen, von der Themenwahl über das Aufstellen von Beurteilungskriterien bis hin zur Auswertung und Reflexion der ermittelten Ergebnisse. An vier konkreten Test-Themen (Papiertaschentücher, Zahnpasta, Fahrradwerkstätten, Online-Shops) werden die einzelnen Schritte beispielhaft durchgespielt. Neben zahlreichen praktischen Tipps, zum Beispiel wie sich Schülerwarentests auf unterschiedlich starke Lerngruppen anpassen lassen, bietet die Broschüre auch Arbeitsblätter für den Einstieg ins Thema.

Download unter www.test.de/schule > Jugend testet oder gedruckte Broschüre unter schule@stiftung-warentest.de anfordern.

Bewertungen sind omnipräsent – ihre Qualität häufig unklar

Im Alltag von Jugendlichen sind Produktbewertungen, Produktempfehlungen und Produkttests omnipräsent: ob Influencer, Kundenrezensionen, Sterne-Bewertungen oder Vergleichsportale – alle versprechen scheinbare Orientierung. In einer repräsentativen Online-Befragung im Jahr 2017 stimmten 37 Prozent der 14- bis 29-Jährigen der Aussage »Auf Online-Bewertungen kann man sich verlassen« voll und ganz bzw. eher zu, 52 Prozent stimmten der Aussage noch teilweise zu *(Auftraggeber der Befragung war die Verbraucherzentrale Bayern)*.

Unklar bleibt bei all diesen Bewertungen, wie sie zustande kommen. Der versprochene Marktüberblick von Vergleichsportalen ist oft unvollständig, weil nur Anbieter in den Vergleich aufgenommen werden, die die von den Portalen geforderten Provisionen zu zahlen bereit sind. Andere finanzieren sich über Affiliate-Links. Auch hier bleibt unklar, wie sehr die Vermittlungsprovision die Empfehlung beeinflusst. Bewertungen im Internet können leicht gefälscht werden. Auch ohne dass Agenturen, bei denen man sich gute Bewertungen kaufen kann, ihre Hand im Spiel haben.

Was leisten Schülerwarentests?

Haben die Schülerinnen und Schüler selbst einmal einen Produkt- oder Dienstleistungstest durchgeführt, werden sie deutlich kritischer beim Lesen von Produktempfehlungen oder Tests. Sie können ihre eigenen Kriterien an Produkte oder Dienstleistungen definieren. Sie haben sich mit der Frage beschäftigt, wie unabhängig die Testveranstalter sind und wer die geprüften Produkte zur Verfügung stellt. Und darüber hinaus haben sie sich auch mit den Gütekriterien für Tests – wie Objektivität, Reliabilität und Validität – auseinandergesetzt.

Das klingt trocken, aber Schülerwarentests sind für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr motivierend, wie diese Schüler-Kommentare zeigen: »Mir hat der Wettbewerb gefallen, weil es mal was anderes ist und wir in die Rolle der Tester geschlüpft sind.«, »Die über drei Wochen andauernde Testphase hat uns wirklich viel Spaß gemacht.« oder »Uns wurde klar, dass unsere Kaufentscheidung sehr von Marken abhängt, auch wenn das Produkt eigentlich nicht überzeugt.«

Spannende Ergebnisse der Jugendlichen

Was machen die Jugendlichen nun konkret? Ein 18-Jähriger untersuchte für die letzte Wettbewerbsrunde beispielsweise, wie benutzerfreundlich, übersichtlich und werbefrei Führerschein-Apps sind und ob sie alle offiziellen Fragen aus dem Katalog von TÜV/DEKRA enthalten. Sein erstaunliches Ergebnis: fürs Lernen muss es nicht die von der Fahrschule empfohlene 60 Euro teure App sein. In seinem Test schnitt eine kostenfreie App am besten ab. Andere Schüler-Teams fanden heraus, dass sich mit einem guten Textmarker mehr als zehn DIN A4-Seiten markieren lassen, mit einem schlechten aber nur eine Seite. Oder sie stellen fest, dass in einem halben Liter Eistee bis zu zwölf Stück Würfelzucker enthalten sind und man somit eher von Zuckerwasser denn von Eistee sprechen sollte.

>> Mit einem Druckmessgerät prüften vier Schülerinnen unter anderem, wie schwer sich Luftballons aufblasen lassen, die Stabilität und Belastbarkeit der Ballons, die Anzahl der Schnipsel nach dem Platzen (wichtig fürs Aufräumen nach der Party) und die Langlebigkeit. Dabei stellten sie fest, dass die mit Luft gefüllten Ballons im Langzeittest über vier Monate nahezu unverändert blieben

Leitperspektive Verbraucherbildung

Schülerwarentests als Unterrichtsmethode sind eine Möglichkeit, die Leitperspektive Verbraucherbildung in den Unterricht unterschiedlicher Fächer zu integrieren – von den naturwissenschaftlichen Fächern über Wirtschaft und Sozialkunde bis hin zu Deutsch und Mathe. Ein Schüler hat es nach dem Test von Jugendherbergen so formuliert: »Danach mussten wir dann alles auswerten und dokumentieren. Das war manchmal ziemlich nervig und fast hätten wir hingeschmissen. Aber wir haben durchgehalten – und unser Mathe-Lehrer freute sich, dass wir uns mit Diagrammen und Prozenten so erfolgreich selbst gequält haben.«

Bettina Dingler,
Leiterin des Wettbewerbs 'Jugend testet'

Qualitätssicherung

Referenzrahmen mit mangelhaften Rahmenbedingungen

Geplanter 'Referenzrahmen Schulqualität Baden-Württemberg' definiert hohe Anforderungen, notwendige Rahmenbedingen werden aber kaum berücksichtigt.

Ein 'Referenzrahmen Schulqualität' ist grundsätzlich zu begrüßen, weil er verdeutlichen könnte, worauf es in der Schule und im Unterricht ankommt, wenn gute Ergebnisse erzielt werden sollen. Es reicht aber nicht, hohe Ziele vorzugeben: Schulen und Lehrkräfte müssen auch die Rahmenbedingungen bekommen, die es ihnen erlauben, diese Ziele erfolgreich anzustreben.

Ein 'Referenzrahmen Schulqualität Baden-Württemberg' wurde im Auftrag des Kultusministeriums vom IBBW entwickelt und im Mai 2022 für die Beteiligungsphase freigegeben. Er soll eine verbindliche Orientierung für die Qualitätsentwicklung an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg darstellen. Er umfasst die Aspekte 'Rahmenbedingungen', 'Prozesse' und 'Ergebnisse'. Im Bereich der 'Prozesse' ist er in vier 'Qualitätsbereiche' untergliedert: 'Lehren und Lernen', 'Professionalität und Zusammenarbeit', 'Führung und Management' sowie 'Datengestützte Qualitätsentwicklung':

Rahmenbedingungen	Prozesse				Ergebnisse
	Lehren und Lernen	Professionalität und Zusammenarbeit	Führung und Management	Datengestützte Qualitätsentwicklung	

Quelle: IBBW

Das IBBW hat die Beteiligungsfassung des Referenzrahmens auf seiner Webseite veröffentlicht: https://ibbw-bw.de/,Lde/Startseite/Systemanalysen/Referenzrahmen

Rahmenbedingungen nur unzureichend berücksichtigt

Leider werden die für gute Bildungsarbeit in den Schulen notwendigen guten Rahmenbedingen nur unzureichend berücksichtigt. Das fängt schon mit dem 'perspektivisch' angekündigten Punkt 'Sozialindex (für 'fairen Vergleich')' an. Der Sozialindex ist kritisch zu sehen, soweit er zur Ressourcensteuerung im Rahmen der bisher üblichen Mangelverwaltung genutzt werden soll. Selbstverständlich müssen ungleiche Voraussetzungen bei Schülerschaft und sonstigen Rahmenbedingungen beim Leistungsvergleich der Schulen berücksichtigt werden. Der Sozialindex darf aber nicht dazu führen, dass unter dem Gebot der Ressourcenneutralität materielle und personelle Mittel gemäß Sozialindex zugewiesen werden. Denn nicht nur eine 'schwierige Schülerklientel' einer Brennpunktschule braucht ein Mehr an Ressourcen zum Nachteilsausgleich, auch Begabtenförderung ist an Ressourcen gebunden. Alle Schulen leiden jetzt schon unter der Mangelverwaltung und haben einen Mehrbedarf.

Die Bedeutung der Ressourcen (Lehrerversorgung, Räumlichkeiten, Lehr- und Lernmittelausstattung, Digitalisierung, sonstige Ressourcen) kommt unter der Überschrift 'Mittel, Ausstattung und Infrastruktur' zwar vor, aber es ist nicht vorgesehen, dass die Schulen auf entsprechende Defizite hinweisen, Verbesserungen beantragen oder gar die Schulverwaltung und den Schulträger zur Abhilfe verpflichten könnten.

Es muss aber für die Schule möglich sein, im Rahmen der Qualitätsentwicklung auf die maßgeblichen Akteure (Land, Kultusministerkonferenz, Schulträger) einzuwirken, um Verbesserungen bei der Ressourcenausstattung, Investitionen usw. zu erzielen, denn ausreichende Ressourcen sind Grundvoraussetzung für Bildungsqualität. Und neben den 'Lehr- und Lernmitteln' sollten auch die 'Arbeitsmittel der Lehrkräfte (auch digitale Endgeräte)' sowie die 'Arbeitsplätze der Lehrkräfte' als wesentliche Merkmale genannt werden.

Utopische Ziele

Im Qualitätsrahmen sollten keine utopischen, nicht erreichbaren Ziele formuliert werden. Das ist aber der Fall, wenn zum Beispiel gefordert wird: »Zur Absicherung der Anschlussfähigkeit im Bildungssystem werden den Schülerinnen und Schülern die im jeweiligen Bildungsgang vorgesehenen Kompetenzen vollständig vermittelt.« Hier die 'vollständige Vermittlung' zu fordern, kann nur ein Ziel sein, dem man sich möglichst weit annähert, es kann aber (bezüglich aller Schüler und aller Bildungsstandards) nie vollkommen erreicht werden. Das ist eine Binsenweisheit, die im Referenzrahmen respektiert werden muss.

Aufgabenfülle bei fehlenden Anrechnungsstunden

Bezüglich 'außerschulischer Bildungsangebote' werden den Schulen im Referenzrahmen sehr ehrgeizige Ziele gesetzt, welche eine Fülle von außerunterrichtlichen Aufgaben für die Lehrkräfte mit sich bringen: außerunterrichtliche Kooperationen, Zusammenarbeit mit Einrichtungen im Be-

reich Kunst und Kultur, Kooperationen und Vernetzungen im Bereich Schüleraustausch, Berufsorientierung, internationale Kontakte, anderen Schulen und Schularten usw. Den Schulen müssen die dafür notwendigen Ressourcen in Form von zusätzlichen Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt werden.

Dasselbe gilt für das Thema 'Analyse der Heterogenität': Wenn mit dem Anspruch »An der Schule werden Daten zur Heterogenität in den Lerngruppen und der Schule insgesamt analysiert« zusätzliche Aufgaben auf die Schule zukommen, müssen diese durch Anrechnungsstunden bzw. Deputatsabsenkung für die betroffenen Lehrkräfte kompensiert werden. Das gilt natürlich für alle Zusatzaufgaben, die mit dem Referenzrahmen auf die Schulen zukommen. Die Forderung »Bei Bedarf wird eine sonderpädagogische Diagnostik durchgeführt, um herauszufinden, welches Bildungsangebot Teilhabe und Aktivität fördern« setzt die Präsenz von sonderpädagogisch geschultem Personal an den Schulen voraus. Solange dies an den allgemeinbildenden Schulen nicht vorhanden ist, kann eine entsprechende Diagnostik auch nicht erwartet werden.

Nicht zuletzt der Anspruch »Die Schule stellt ergänzend zum Regelunterricht attraktive und leicht nutzbare Förder- oder Zusatzangebote zur Verfügung« bedeutet Mehrarbeit für die Lehrkräfte, die durch entsprechende Anrechnungsstunden ausgeglichen werden muss. Die Liste von Anforderungen, für die an den Schulen keine ausreichende Entlastung der Lehrkräfte vorhanden ist, ließe sich fortsetzen.

Ziele des Referenzrahmens besser in homogenen und kleineren Lerngruppen erreichbar

Der Philologenverband Baden-Württemberg begrüßt den Paradigmenwechsel weg von Oberflächenstrukturen wie 'Sozialform des Unterrichts' und 'Medieneinsatz' hin zu den Tiefenstrukturen kognitive Aktivierung, konstruktive Unterstützung und effektive Klassenführung, was alles im Referenzrahmen seinen berechtigten Niederschlag findet. Kognitive Aktivierung, Unterstützung und Klassenführung gelingen allerdings am ehesten in möglichst homogenen Leistungsgruppen. Deshalb sollte die Bildungspolitik am gegliederten Schulwesen festhalten und die Schulen durch die Absenkung von Klassenteiler und der Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte unterstützen.

Weiterentwicklungsbedarf beim Referenzrahmen

Es zeichnet sich angesichts der oben genannten Kritikpunkte und Anregungen insgesamt jetzt schon Verbesserungs-, Ergänzungs- und Weiterentwicklungsbedarf des Referenzrahmens ab. Insofern ist es gut, dass in der Präambel das Ziel festgeschrieben ist, den Referenzrahmen »in gewissen zeitlichen Abständen« zu überprüfen und zu aktualisieren. Allerdings sollten hier feste Evaluationsintervalle definiert werden, damit die Weiterentwicklung nicht der Beliebigkeit überlassen bleibt.

Auch sollte klargestellt werden, dass der Referenzrahmen wissenschaftlich evaluiert und aufgrund dieser empirischen Evaluation weiterentwickelt wird – und nicht etwa wegen neuer pädagogischer Modetrends.

Außerdem ist anzumerken, dass den Schulen mit dem Referenzrahmen in der Summe extrem ehrgeizige Ziele gesetzt werden. Diese bringen eine Fülle von zusätzlichen (auch außerunterrichtlichen) Aufgaben für die Lehrkräfte und Schulleitungen mit sich (man denke nur an die außerunterrichtlichen Kooperationen, die neuen Aufgaben im Rahmen der datengestützten Schulentwicklung usw.). Da die dafür notwendigen Ressourcen in Form von Anrechnungsstunden in der Vergangenheit stark gekürzt wurden, müssen diese Kürzungen umgehend zurückgenommen und die Ressourcen – auch die Leitungszeit der Schulleitungen – erheblich aufgestockt werden.

Insofern müssen Schulträger und Schulverwaltung bzw. Landesregierung ihren Teil zur Erfüllung des Referenzrahmens beitragen, indem Sie den Schulen die zur Erreichung seiner Ziele notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Andernfalls ist nicht zu erwarten, dass die Schulen die vielfältigen Anforderungen des Referenzrahmens erfüllen können.

Ein Punkt 'Qualität und Effizienz von Schulverwaltung, Schulaufsicht und Bildungspolitik' fehlt im Übrigen komplett im vorgelegten Referenzrahmen. Qualität in diesen Bereichen ist aber die Grundvoraussetzung für ein leistungsstarkes Bildungswesen, sollte also Teil des Referenzrahmens sein und ausdrücklich erwähnt werden.

Die ausführliche Stellungnahme des Philologenverbandes Baden-Württemberg zum Rerferenzrahmen mit vielen weiteren Kritikpunkten und Änderungsvorschlägen zum Referenzrahmen finden Sie hier:

Stellungnahme des Philologenverbandes Baden-Württemberg zum Referenzrahmen
https://www.phv-bw.de/wp-content/uploads/2022/09/2022-07-27-PhV-zu-Referenzrahmen. pdf

Cord Santelmann

Von der Wanderausstellung zum Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik

»Nachhaltige Entwicklung beschäftigt Sie und Ihre Schülerinnen und Schüler? Sie möchten zeigen, welche globalen Themen in Ihrem Unterricht eine Rolle spielen und haben eigene Projektideen, um unsere Welt nachhaltiger und gerechter für alle Menschen zu gestalten? Dann sind Sie beim Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik 'alle für EINE WELT für alle' genau richtig!«

Engagement Global führt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle zwei Jahre diesen Schulwettbewerb durch, welcher Bestandteil des Programms 'Globale Entwicklung in deutschen Bildungssystemen' ist.

Einen sehr guten Einstieg in den Lernbereich Globale Entwicklung mit Themen wie nachhaltiger Konsum, Klimawandel oder Kinderrechte bietet für alle Jahrgangsstufen eine Wanderausstellung, die interessierten Schulen kostenlos für einen Zeitraum von zwei Wochen zur Verfügung gestellt wird. Mitarbeitende von Engagement Global stellen nach den eigenen Wünschen zu Themenschwerpunkten und Altersgruppe passend die Exponate für die Ausstellung zusammen. Die sicher verpackten Exponate werden per Spedition transportiert und können dann in einem abschließbaren Bereich der Schule ausgestellt werden. Die große Bandbreite der Exponate (Filme, Kunstwerke, Texte, Spiele, Plakate), welche Wettbewerbsbeiträge des Schulwettbewerbs zur Entwicklungspolitik waren, sprechen gleichermaßen die Schülerinnen und Schüler aller Altersgruppen und Lerntypen an, sich kreativ und spielerisch mit dem Lernbereich Globale Entwicklung auseinanderzusetzten.

Ausschnitte aus der Dokumentation zum Kunstprojekt 'Demaskierte Wahrheit' der Klasse 6a des Hellenstein-Gymnasiums Heidenheim sollen im Folgenden verdeutlichen, wie anschließend ein Wettbewerbsbeitrag im Unterricht entstanden ist: »Masken schützen ihren Träger und geben ihm die Möglichkeit, in eine andere Rolle zu schlüpfen. Gerade in der Corona-Pandemie erleben wir aber auch, dass eine medizinische Maske einen Teil der Mimik verbirgt, man sich hinter ihr verstecken kann, vielleicht sogar distanzierter mit anderen agiert. Die Steigerung zum Tragen einer Maske ist das Bedecken des Kopfes mit einer Papiertüte. Angeklagte im Gerichtssaal verdecken oft ihr Gesicht, möchten nicht als Person erkannt werden. Zu Beginn des Projektes setzte ein Schüler sich die Papiertüte auf. Er äußerte zunächst, sich trotz Tüte wohl zu fühlen; das änderte sich jedoch, weil er nicht mehr sehen konnte, was um ihn herum passierte. Außenstehende, die nicht wissen würden, wer er war, würden ihn nicht erkennen. Mit der Papiertüte auf dem Kopf verliert man seine Individualität, je nach Situation auch seine Würde. Auf der anderen Seite könnte man als Person im Schutz der Maske das Gefühl haben, nicht mehr unmittelbar für etwas zur Verantwortung gezogen werden zu können. In Kleingruppen setzten sich Schülerinnen und Schüler mit verschiedenen Problemfeldern der EINEN WELT auseinander. Dabei fand folgender Perspektivwechsel statt: Zuerst erkennen sie Probleme der globalen Welt, thematisieren sie künstlerisch auf ihrer Papiertüte und inszenieren sich mit ihrer aufgesetzten Papiertüte für ein Foto. Der Betrachter soll die Botschaft der Papiertüte im inszenierten Bild auf den ersten Blick erfassen, die dargestellte Wahrheit verstehen.«

alle für EINE WELT für alle
https://www.einewelt fueralle.de/

Fotos, ausgewählte Papiertüten und die Dokumentation wurden als Wettbewerbsbeitrag eingereicht. Als die Jury das Projekt als einen Gewinnerbeitrag ausgewählt hatte, drehte ein Filmteam einen Film über den Wettbewerbsbeitrag. Die Preisverleihung mit Urkundenübergabe durch Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze fand im Juni in Berlin statt, perfekt organisiert und mit tollem Rahmenprogramm. Gewonnen haben in unterschiedlichen Kategorien 20 Wettbewerbsbeiträge, welche aus über 400 Einsendungen ausgewählt wurden. Mitmachen lohnt sich! **S.G.**

Rückenwind für Lehrkräfte

Der BAK (Bildungspolitische Arbeitskreis) traf sich am 28. Juli 2022 in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart zum kollegialen Austausch über den Themenbereich coronabedingte Lernrückstände und Konsequenzen für die Bildungspolitik.

Es wurden best practice Beispiele unter den Teilnehmenden ausgetauscht. Erfolgreich funktioniert die individuelle Förderung, wenn viele am Schulleben Beteiligte einbezogen werden und gut zusammenarbeiten (Lehrkräfte – Beratungslehrer – Schulsozialarbeiter). Schülerinnen und Schüler sollten die Möglichkeit erhalten, individuell gefördert zu werden. Persönliche Erfolgserlebnisse spielen dabei eine große Rolle. Als problematisch erweist sich, dass keine systematische Erfassung stattfindet und die Schulen vor Ort auf sich alleine gestellt sind. Der Erfolg des Programms hängt somit viel von den individuellen Gegebenheiten vor Ort ab. Lehrkräfte empfehlen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme am Programm und da diese freiwillig ist, nehmen oftmals gerade diejenigen nicht teil, die es am nötigsten hätten *(s. forsa-Umfrage des Philologenverbandes Baden-Württemberg: Mai 2022; nachzulesen in Gymnasium Baden-Württemberg Ausgabe 3-4/2022, S. 4ff.)*.

Viele Schülerinnen und Schüler – insbesondere in der Oberstufe – konnten den Lockdown nutzen und erfolgreich Fähigkeiten für das eigenständige Arbeiten erwerben, die an der Universität hilfreich sind. Verlierer sind leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler, die von ihren Elternhäusern nicht unterstützt wurden. Die Heterogenität der Lerngruppen am Gymnasium insbesondere in der Unter- und Mittelstufe ist daher weiter angewachsen.

Aus der Diskussion ergab sich, dass die Notengebung realistisch sein sollte. Es hilft nicht, leistungsschwache Schülerinnen und Schüler mehrere Schuljahre durchzuwinken. Kolleginnen und Kollegen sollten an den Schulen solidarisch handeln und sich gegenseitig unterstützen d.h. den Rücken stärken. Das Aufholen von Lernrückständen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht privaten Nachhilfeinstituten überlassen werden d.h. vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

>> Die Teilnehmenden am Bildungspolitischen Arbeitskreis

Fazit: Die Fachlehrkraft sollte die Förderung durchführen. Sie kennt ihre Schülerinnen und Schüler am besten. Hierfür müsste jede Schule zusätzliche Deputatsstunden zur individuellen Förderung erhalten.

Die VERA 8-Ergebnisse müssten von der Politik zum Anlass genommen werden die bisherigen Anstrengungen kritisch zu überprüfen, effektive Aufholprogramme in die Tat umzusetzen, damit die Schülerinnen und Schüler nicht zu den Verlierern der Pandemie werden.

Sofern die Lernrückstände nicht zeitnah aufgearbeitet werden, besteht bildungspolitisch die Gefahr, dass die Anforderungen auch im Abitur gesenkt werden. Hier wirft bereits das diesjährige Abitur Fragen auf. Neben den Bestrebungen der Vereinheitlichung von Prüfungsaufgaben (IQB-Aufgabenpool) scheut sich die Politik, einheitliche bundesweite Korrekturverfahren zu etablieren. Einige Bundesländer räumten den Abiturienten und Abiturientinnen mehr Bearbeitungszeit ein, andere erhöhen die Auswahl der Themen durch die Fachlehrkraft, verschoben die Prüfungstermine nach hinten, um den Prüflingen mehr Vorbereitungszeit einzuräumen. Im Mathematikabitur gab ein Bundesland die Anweisung zur 'rücksichtvollen Korrektur' ein anderes einen Notenpunkt mehr….

Dieser Pragmatismus wirft bildungspolitisch eine Reihe von Fragen auf. Qualität sollte Vorrang vor Quantität haben, anderenfalls wird das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung entwertet werden.

Eine Lösungsmöglichkeit wäre die flächendeckende Wahlfreiheit G8/G9. Hierfür hat der BAK eine Konzeption erarbeitet: https://www.phv-bw.de/g9-konzeption-des-phv-bw/

Konzeption des BAK
https://www.phv-bw.de/g9-konzeption-des-phv-bw/

Der BAK würde gerne 'Rückenwind für Lehrkräfte' als Aufgabe des Philologenverbandes verankern. Wir freuen uns, dass wir Katja Wassermann als Referentin für den nächsten BAK gewinnen konnten, bei dem sie von ihrer Masterarbeit berichten wird.

Andrea Pilz und **Stefanie Wölz,**
Referat Bildungspolitik

Der Philologenverband BW im Gespräch mit ...

... dem Bildungsausschuss der CDU

Im Haus der Abgeordneten trafen sich am am 12. Oktober 2022 Ralf Scholl, Steffen Kottmann und Karin Fetzner vom Philologenverband Baden-Württemberg zum Gespräch mit Dr. Alexander Becker und Dominik Ohly von der CDU. Zunächst erläuterte Ralf Scholl die detaillierten Auswertungen zu den VERA8-Ergebnissen, insbesondere die fachspezifischen Vergleiche bei denselben Niveaustufen, aber in verschiedenen Schularten. Hier wird augenscheinlich, dass ein klarer Lernrückstand bei den GMS auf allen Niveaus vorliegt.

Danach wurde die aktuell für die Gymnasiallehrkräfte demotivierende Beförderungssituation von A 13 nach A 14 thematisiert, verbunden mit der dringenden Forderung nach Stellenhebungen, um die Anzahl von A 13- zu A 14-Stellen auf das früher übliche Verhältnis zu bringen. So, wie es jetzt ist, bestehen für Tausende von Lehrkräften am Gymnasium keine realistischen Chancen auf eine Beförderung.

Ein weiteres Thema mit Blick auf die nächsten Jahre war das Papier 'Fokus Unterricht – Leitlinien zur Beobachtung von Unterricht an allgemeinbildenden Schulen'. Dieses Werk wird zur Zeit in die Endfassung gebracht und soll ab nächstem Jahr für alle Schulen verbindlich werden. Daher muss darauf geachtet werden, dass die wirklich wesentlichen Merkmale von Unterrichtsqualität und Lernleistung den ihnen gebührenden Stellenwert erhalten und dass ideologische, nichtssagende Phrasen möglichst vermieden werden.

Natürlich war die Lehrerversorgung ein wesentlicher Gesprächspunkt, insbesondere auch die in Baden-Württemberg immer noch vorherrschende Praxis der Schulverwaltung, KV-Lehrkräfte und Referendare über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu schicken.

Der stetige Abwärtstrend der BW-Ergebnisse in Bildungstests wurde von allen Beteiligten sehr kritisch gesehen. Hier sollte der Blick der Bildungspolitik auf mehr Qualität und bessere Leistungen gerichtet sein, und nicht – wie im Moment gerade in der 'Grundschule ohne Noten' gestartet – ein Verzicht auf Leistungsmessung propagiert werden, denn dadurch wird der wirkliche Stand der Schülerleistungen nur verschleiert – mit Absicht (?). Die CDU hat sich dafür eingesetzt, dass es zumindest eine Kontrollgruppe von Grundschulen mit klassischer Notengebung gibt, deren Ergebnisse als Referenzwert der Untersuchungen dienen können. Die Auswahl der beim Versuch der sogenannten 'lernförderlichen Leistungsrückmeldung' teilnehmenden Grundschulen ist insofern fragwürdig, als die große Mehrheit dieser Einrichtungen schon bisher ohne Noten arbeitet, also streng genommen gar keinen Versuch zur Verwendung neuer Methoden durchführt, sondern ihre bisherige Praxis, zum Beispiel in an GMS angeschlossenen Schulen, nur weiterführt.

Neue Gerichtsurteile zur Arbeitszeiterfassung und zur Anordnung von Mehrarbeit bildeten den Abschluss der in der Runde besprochenen Themen. Beide Seiten schätzen diesen Austausch sehr und werden ihn gerne in regelmäßigen Intervallen weiter pflegen.

Karin Fetzner

>> *v.l.n.r.:* Dominik Ohly (Parlamentarischer Berater), Dr. Alexander Becker (MdL), Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende Philologenverband Baden-Württemberg) und Ralf Scholl (Vorsitzender Philologenverband Baden-Württemberg)

... dem ZSL

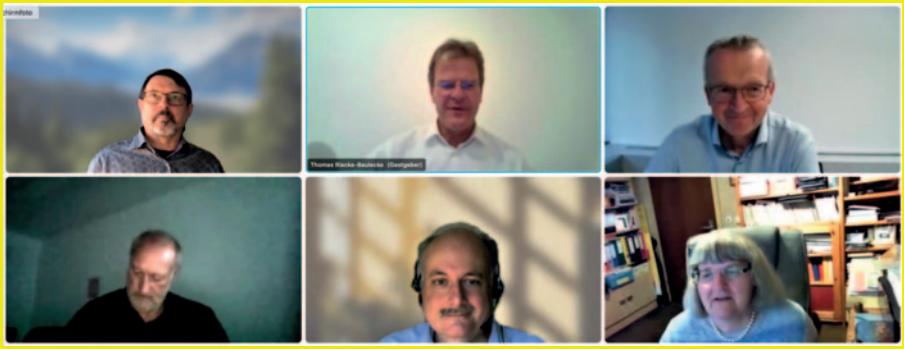
Zum regelmäßigen Vierteljahresgespräch trafen sich – diesmal per Videokonferenz – am 26. Oktober 2022 Dr. Thomas Riecke-Baulecke und Michael Kilper vom ZSL mit Ralf Scholl, Michael Belz, Thomas Schwan und Karin Fetzner vom Philologenverband Baden-Württemberg. Es ist zur guten Tradition geworden, sich über aktuelle Fragen in einer solchen Runde auszutauschen.

Dieses Mal wurde beispielsweise über den Beschäftigtenbegriff gesprochen, dessen genaue Definition darüber entscheidet, wie viele und welche Beschäftigte des ZSL von welchem Personalrat (ÖPR, BPR ZSL oder HPR asB) in welcher Sache vertreten werden oder wer für welches Gremium passiv und aktiv wahlberechtigt ist. Dieser Aspekt sorgte in der Vergangenheit für eine gerichtliche Wahlanfechtung.

Weitere Themen waren: das Berufsbild 'Aus- und Fortbildner', die Aufgaben der Fachberater A und Fachberater U und das Spannungsfeld ihrer jeweiligen Arbeitsbereiche, Arbeitszeitregelungen und Abrechnungen, Fachleitertagungen und die Fach-

teamstruktur. Die laut Presse für nächstes Jahr geplante Erhöhung der Unterrichtszeit von Referendaren ist wohl noch nicht endgültig beschlossen, sondern in einer Art Abwägungsphase, was hoffen lässt, dass die im KM Verantwortlichen diese Entscheidung so nicht fällen. Die Referendarzeit ist auch jetzt schon anstrengend und belastend genug. Fortbildungen und (verpflichtende) Dienstgespräche sollten sich sinnvoll ergänzen, um für die Kolleginnen und Kollegen den größtmöglichen Nutzen zu bringen, auch hier bestand viel Übereinstimmung bei den Anwesenden. Wünsche nach bestimmten Fortbildungsthemen werden vom ZSL gerne aufgenommen, so die Zusage von Herrn Dr. Riecke-Baulecke. Zuletzt sprachen wir noch über einige Aspekte der aktuellen, leider sehr schlechten IQB-Ergebnisse für BW und eventuelle Hilfestellungen, die vom ZSL den Schulen im Primarbereich oder sogar noch davor, also im Bereich Sprachförderung in der Kita, gegeben werden können.

Weitere Gesprächstermine werden folgen, denn wir sind uns einig, dass beide Seiten von diesen Zusammenkünften profitieren. **Karin Fetzner**



>> Dr. Thomas Riecke-Baulecke ***(oben Mitte)*** **im Gespräch mit Vertretern des Philologenverbandes Baden-Württemberg**

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Evelyn Kapahnke *[E.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14 17,55 Euro	A 13/E 14 20,64 Euro	
	A 14/E 15 22,50 Euro	A 15/E 15Ü 25,18 Euro	A 16 und darüber 27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten 0,00 Euro	Referendare 4,13 Euro	Pensionäre 10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail* ☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamte/r, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.